

Maximilian Angermaier
Stiftsbogen 132
81375 München
Tel. 089-54 72 72 00
Fax 089-54 72 72 01
Mobil 0179-49 81 448
max.angermaier@t-online.de

Maximilian Angermaier * Stiftsbogen 132 * 81375 München

An die
Vorstandsverwaltung der IG Metall
Redaktion der metallzeitung
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main

München, 03.10.2016

Sehr geehrte Kollegin Melzer,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in der Metall-Zeitung vom Oktober 2016 findet sich ein Artikel zum Thema Asbest ("Die Angst bleibt", S. 18f). Die Befassung mit dem Thema Asbest halte ich ganz zweifelsfrei für wichtig. Allerdings habe ich mit der Form der Auseinandersetzung so meine Probleme.

Mir ist die Form der journalistischen Aufbereitung von Themen, die am Beispiel einer persönlichen Betroffenheit versucht, allgemeinere Züge und Fragen anzuschließen und zu behandeln, bekannt. Nicht zuletzt, da ich schon lange Mitglied der IG Metall bin und die Metall-Zeitung lese. Überdies habe ich selbst viele Jahre in Vorstandsverwaltung der IG Metall gearbeitet.

Trotzdem hätte ich eine etwas differenziertere und vor allem kritischere Auseinandersetzung mit diesem wichtigen und drängenden Thema erwartet. Nicht zuletzt auch deshalb, da ja der Bundesverband der Asbestose-Selbsthilfegruppen, dessen stellvertretender Vorsitzender der Kollege Heise ist und dessen Fall vorgestellt wurde, sehr viel differenzierter und kritischer mit dem Thema umzugehen pflegt. Hier meine Kritikpunkte in Kürze:

1. Der Nachweis einer Asbestkontamination wird für die betroffenen Beschäftigten immer schwieriger, da die Betriebe Unterlagen, aus denen die Exposition hinsichtlich Höhe und Dauer hervorgehen, immer häufiger „entsorgen“. Hier wäre ein Hinweis für Betriebsräte, Vertrauensleute und Beschäftigte durchaus notwendig, diesen Unterlagen eine noch größere Aufmerksamkeit zu schenken. Noch notwendiger wäre aber, dass die Selbstverwalter in der gesetzlichen Unfallversicherung die BGen zur Sicherung dieser Dokumente „anhalten“, man könnte auch „zwingen“ sagen.

2. Die Feststellung, ob gesundheitliche Probleme berufsbedingt sind und möglicherweise auf eine Asbestexposition zurückzuführen sind, überfordert vielfach die Allgemeinmediziner. Nicht zuletzt deshalb bedürfte es einer systematischen Nutzung des Asbestregisters, das früher bei der BG Textil geführt wurde und in dem alle hochexponierten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen registriert wurden. Hierüber müsste aber auch erst einmal informiert werden und es müsste berücksichtigt werden, dass beispielsweise die frühere BG Feinmechanik und Elektrotechnik, trotz bestehender Verpflichtung hierzu, lange Jahre ihre hochexponierten Versicherten nicht diesem Register gemeldet hatte. Um aber auch bei niedriger exponierten Beschäftigten, aber gleichwohl massiv gesundheitsgefährdeten, eine höhere Aufmerksamkeit zu erreichen, bedürfte es einer entsprechenden Informationskampagne bei den niedergelassenen Allgemeinmedizinern, um nur einen Ansatz zu erwähnen.

3. Die Begutachtung von Gewebeproben im Rahmen einer BK-Anzeige findet fast ausschließlich durch das Mesotheliomregister statt. Dieses Mesotheliomregister war und ist eine Einrichtung des Dachverbandes der gewerblichen BGen, des DGUV e.V., und wurde mittlerweile in eine Stiftung umgewandelt. Diese Einrichtung steht seit vielen Jahren in der Kritik, da sie keineswegs so „unabhängig“ in ihrer gutachterlichen Tätigkeit ist, wie gerne bei den BGen behauptet wird. Hintergrund der Umwandlung in eine Stiftung war wohl die Kritik an der Finanzierung durch den Dachverband. "Wes Geld ich krieg, des Lied ich sing" ist bei der Begutachtung nicht unbedingt Ausweis von wissenschaftlicher Neutralität. Überdies bestimmt(e) der Dachverband die Personalpolitik des Mesotheliomregisters. Wie mittlerweile zu erfahren war, soll durch eine anonyme Anzeige beim Finanzamt gegen das Mesotheliomregister die Steuerfahndung ermittelt haben. Durch die Umwandlung in eine Stiftung dürften sich die steuerlichen Probleme behoben haben. Über diesen Sachverhalt können der Kollege Heise und andere mehr und kompetenter berichten. Wie weit die Vertreter der IG Metall im Vorstand des DGUV e.V. dieser Umwandlung in eine Stiftung und damit einer weiteren Verschleierung der bestehenden Verhältnisse zugestimmt haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Tatsache aber ist, dass die Selbstverwaltung des DGUV e.V. einen Beschluss zur Bildung der Stiftung gefasst haben muss. Fakt ist weiterhin, dass die Struktur dieser Stiftung als ein großes Geheimnis behandelt wird. Verschiedene Personen, u.a. kompetente Mediziner bemühen sich seit geraumer Zeit zu ermitteln, ob die Stiftung über die zu erwartende wissenschaftliche Neutralität verfügt. Leider sind sie dabei auf massiven Widerstand gestoßen. So wird z.B. die Satzung dieser Stiftung zum Geheimnis gemacht. Fakt ist außerdem, dass in der Stiftung gewerkschaftliche Selbstverwalter mit Funktionen sitzen und dieses schäbige Treiben gegen Versicherte aktiv oder naiv decken.

4. Die bestehende Anerkennungspraxis bei den Berufskrankheiten ist schlicht ein Skandal. BK-Anzeigen werden nach allen Regeln bg-licher Kunst blockiert, abgewiegelt, abgelehnt und so lange durch alle gerichtlichen Instanzen gezogen, bis der oder die Betroffenen resignieren oder gestorben sind. Auch hierbei könnten die Selbstverwalter eine positive Rolle spielen und diesem Treiben ein Ende setzen.

5. Die Forderung nach einem nationalen Asbestregister, wie es von Hans-Jürgen Urban gefordert wird, "in dem auch versteckte Vorkommen in Gebäuden, Maschinen und Anlagen erfasst werden" ist zwar sicherlich öffentlichkeitswirksam,

es müssten aber einige bedeutsame Schritte vorangehen: Überzeugungsarbeit für die Wichtigkeit des Themas und der Problematik. Als einer der ersten Schritte muss die Definition von versteckten Vorkommen und die Aufforderung zu schneller Ermittlung und Erfassung der versteckten Vorkommen sein. Es muss uns als IG Metall darum gehen, dass Strategien und Verpflichtungen zur systematischen Ermittlung von asbestbelasteten Bauten, Bauteilen, Maschinen, Maschinenanlagen usw. entstehen, vereinbart und umgesetzt werden.

So unbekannt ist es nicht, bei welchen Arbeiten und für welche Bereiche Asbest verwendet wurde. Dies muss natürlich systematisch dargestellt, erfasst und es muss verpflichtend dafür gesorgt werden, dass bei Arbeiten in diesen Bereichen die Schutzmaßnahmen auch eingehalten werden.

Dass sich die BGen, von denen man zumindest bestimmte Kenntnisse, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen erwarten dürfte, leider auch nicht so sonderlich verantwortungsbewusst verhalten, hat in diesem Jahr die BGHM bewiesen. Sie hat an ihrer Schule in Nümbrecht Umbauten vornehmen lassen und dies auch noch bei laufendem Schulbetrieb. Dabei war bekannt, dass in den Gebäuden Asbest eingebaut war. Nicht nur das, ein Bauausschuss der Selbstverwaltung aus einer früheren Wahlperiode hatte sich bereits mit der Verwendung von Asbest im Gebäude der Schule befasst und diese Verwendung für spätere Baumaßnahmen dokumentiert. Leider wurde bei den aktuellen Baumaßnahmen hierauf keine Rücksicht genommen. Man führte auch keine eigenen Ermittlungen durch, obwohl das Baujahr bekannt war und bekannt gewesen sein müsste, dass in dieser Zeit nahezu immer auch Asbest als Brandschutzmittel zum Einsatz kam. Die Selbstverwaltung besteht versichertenseitig ausschließlich aus Mitgliedern der IG Metall.

An diesen wenigen Punkten sollte, so hoffe ich zumindest, erkennbar sein, dass die IG Metall und die anderen DGB-Gewerkschaften insgesamt noch einiges an Arbeit haben, wollen sie den bereits mit Asbest in Berührung gekommenen, den von Asbest geschädigten oder zukünftig von Asbest bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie ihren Angehörigen eine Hilfe sein.

Absurd wird der Artikel an der Stelle, wo vom E-Bike und von der Versorgung, die „spitze“ sei, „wenn man sie bekommt“, die Rede ist. Das erinnert an einen Artikel aus der Süddeutschen Zeitung diesen Jahres, wo über die BGHM berichtet wurde, die einem Verunfallten eine externe Geh- und Bewegungshilfe genehmigt habe und die BGHM in den höchsten Tönen gelobt wurde. Dass dies im Rahmen eines Projektes erfolgte und keineswegs als Ansatz für eine umfassende Versorgung Verunfallter mit Lähmungserscheinungen im unteren Körperbereich gedacht war, nur am Rande. Dagegen wäre es durchaus erwähnenswert, dass Erkrankte um eine Anerkennung als BK, aber auch um einfachste Mittel und Maßnahmen lange, zermürende Klagen führen müssen. Eine Rückfrage bei Anwälten aus dem Bereich Sozialrecht könnte in vielfacher Weise Staunen auslösen.

Gerade in diesem Zusammenhang und damit auch abschließend möchte ich dringend empfehlen den Film "Asbest, die tödliche Faser", der am 15.08.2016 von der ARD ausgestrahlt wurde, anzusehen. Er ist in der Mediathek der ARD noch verfügbar und könnte der IG Metall eine große Hilfestellung bei der weiteren politischen Auseinandersetzung mit dem Thema Asbest sein. Er könnte dazu beitragen, bei der IG Metall eine fachlich fundierte

und politische Diskussion zu initiieren und zu etwas realistischeren Berichten zu führen. So könnte und sollte dieser Film etwa

1. in die Arbeit der Arbeits- und Gesundheitsausschüsse eingebaut werden und zum Auftakt einer breiteren Diskussion in den GS und Betrieben dienen;

2. er könnte Impulse setzen für eine Kampagne auf der Ebene der Geschäftsstellen;

3. er könnte für Roundtable-Gespräche mit Betroffenen auf GS-Ebene genutzt werden.

Übrigens wären die verschiedenen Sachverständigen, die in diesem Film Position beziehen auch hervorragende Gesprächspartner für Gewerkschafter, die das Thema Asbest und seine Wirkungen als Problem ernst nehmen.

Wir sollten dieses Thema auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten sehen. Schließlich müssen die finanziellen Lasten, die Asbest bei der medizinischen Versorgung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verursacht von den Sozialversicherungssystemen geschultert werden. Entscheidend ist dabei aber, ob sie von den gesetzlichen Unfallversicherungen und damit von den Verursachern, also den Betrieben, oder – wieder einmal – von der gesetzlichen Krankenversicherung und damit mithin weitgehend von den Beschäftigten selbst übernommen werden müssen.

Um diese Diskussion etwas anzuregen und diesem Brief ein trauriges Ende in irgendeiner Schublade der Vorstandsverwaltung zu ersparen, werde ich ihn auch an einige Kolleginnen und Kollegen weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Max Angermaier